



24.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2025 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028

Budget de la Confédération 2025 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2026–2028

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.12.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Block 5 – Bloc 5

*Landwirtschaft, Standortförderung, Arbeitsmarktpolitik und Wohnungswesen
Agriculture, promotion économique, politique du marché du travail et logement*

Gredig Corina (GL, ZH): Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik unterstützt der Bund Initiativen, Programme und Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Regionen, Berggebieten und Grenzregionen. Die entsprechenden Globalbeiträge werden den Kantonen basierend auf Programmvereinbarungen ausgerichtet. Die Unterstützung erfolgt aus dem Spezialfonds Regionalentwicklung, welcher aus Budgetkrediten des Bundes geöffnet wird. Der Fondsstand lag Ende 2023 bei gut 1,1 Milliarden, die Fondsliquidität bei rund 550 Millionen Franken. Der Bundesrat sah deshalb keine Notwendigkeit, hier nochmals 12,5 Millionen Franken einzustellen. Es handelt sich um einen bereits gut dotierten Fonds, und

AB 2024 N 2110 / BO 2024 N 2110

uns wurde in der Kommission bestätigt, dass alle Projekte, die jetzt vorgesehen sind, auf der Basis dieses Fondsstands sehr gut durchgeführt werden können. Ich beantrage Ihnen hiermit, schlicht und einfach oder wieder einmal beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

Bei meinen weiteren Minderheitsanträgen orientiere ich mich an der Expertengruppe Gaillard. Es sind aber lediglich abgespeckte Forderungen aus dem Expertenbericht Gaillard, die wir dann nächstes Jahr im Rahmen des Entlastungspaketes auf dem Tisch haben. Verschiedene Fraktionen haben sich ja bereits sehr positiv zum Bericht dieser Expertengruppe Gaillard geäußert. Die Minderheitsanträge bieten Ihnen hier die Gelegenheit, einige Aspekte aus dem Bericht der Expertengruppe Gaillard, aus dem Entlastungspaket, bereits 2025 umzusetzen.

Gemäss dem Bericht der Expertengruppe Gaillard wurden die Entsorgungsbeiträge für Fleisch, die Sie im Voranschlag 2025 unter der Position 708.A231.0227 finden, ursprünglich als Übergangslösung eingeführt. Aber wie so oft wurde daraus ein "Providurium". Eigentlich hätte das nur eine Übergangslösung sein sollen. Die





Meldungen bei der Tierverkehrsdatenbank sind gesetzlich vorgeschrieben, und die Expertengruppe Gaillard sieht keinen Grund, die Meldedisziplin finanziell zu belohnen, und verlangt eine Abschaffung dieser Beiträge. Denn es handelt sich laut der Expertengruppe bei den Entsorgungsbeiträgen um die Subventionierung einer Branche und damit um eine Bundesausgabe mit marktverzerrender Wirkung. Diverse Fraktionen haben genau solche Subventionen jeweils angeprangert, weil sie eben marktverzerrend wirken.

Zur Position "Qualitäts- und Absatzförderung": Dort habe ich zwei Minderheiten. Der Bund unterstützt den Absatz landwirtschaftlicher Produkte und Exportinitiativen mit diversen Förderbeiträgen. Sie mögen sich gut daran erinnern, denn Sie haben letzthin zusätzliche Massnahmen beim Wein hinzugefügt, sodass nun der Steuerzahler auch Marketingmassnahmen für den Wein subventioniert. Empfänger der Mittel sind Organisationen und Trägerschaften der Ernährungswirtschaft. Meine Minderheit II verlangt, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben, statt eine Erhöhung vorzunehmen. Denn auch bei dieser Position setzt der Bericht der Expertengruppe Gaillard den Rotstift an. Wenn Sie dies unterstützen möchten, dann finden Sie hier mit dem Antrag meiner Minderheit II eine Option. Denn es handelt sich um Marketingmassnahmen, die der Steuerzahler quersubventioniert. Es geht um Massnahmen, die nicht direkt der Landwirtschaft, sondern der Industrie und auch der Bürokratie rund um die Landwirtschaft zugutekommen. Das hält der Expertenbericht Gaillard fest.

Des Weiteren gibt es eine Minderheit bei der Position "Beihilfen Viehwirtschaft". Basierend auf dem Landwirtschaftsgesetz kann der Bund Massnahmen zur Stützung der Fleisch- und Eierpreise quersubventionieren. Empfänger sind Fleischverwerter oder beispielsweise auch Eierpackstellen. Gemäss der Expertengruppe Gaillard handelt es sich auch bei dieser Position um eine Subvention der Stufe Rot in Bezug auf den effizienten Einsatz von Steuergeldern. Die Expertengruppe beurteilte direkte Marktschutzmassnahmen aus einer Effizienzperspektive sehr kritisch, da sie zu Marktverzerrung führen können. Zudem kämen die Mittel in einem gewichtigen Ausmass gar nicht der Landwirtschaft, sondern den nachgelagerten Verarbeitungsbranchen zugute.

Sie haben hier also die Möglichkeit, mit diesen Minderheitsanträgen beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben oder einen Teil der Vorschläge der Expertengruppe Gaillard schon umzusetzen – in abgespeckter Form, wie ich bereits gesagt habe. Es ist nicht so, dass ich alles übernommen habe. Es geht um das Jahr 2025. Sie haben dann im Hinblick auf 2026 und 2027 die Möglichkeit, die gesamten Beträge entsprechend anders einzustellen, wie es die Expertengruppe vorschlägt.

Wandfluh Ernst (V, BE): Geschätzte Kollegin Gredig, ich beziehe mich auf die Position "Entsorgungsbeiträge", die Sie halbieren möchten. Momentan ist ja die Schweiz von vielen Tierseuchen umgeben, auch die Bekämpfung der Blauzungenkrankheit ist in der Schweiz ein grosses Thema. Können Sie bestätigen, dass die Bekämpfung von Tierseuchen in der Schweiz mit der Halbierung der Entsorgungsbeiträge deutlich geschwächt würde?

Gredig Corina (GL, ZH): Selbstverständlich ist dies nicht der Fall. Ich habe mir extra für den Fall, dass Fragen aus Ihrer Fraktion kommen, noch aufgeschrieben, was Ihre Partei in der Medienmitteilung zum Expertenbericht Gaillard geschrieben hat. Meine Minderheit sieht lediglich die Halbierung der Beiträge vor. Die Expertengruppe Gaillard sieht die Streichung der ganzen Beiträge vor. Sie oder Ihre Partei haben den Bericht der Expertengruppe Gaillard sehr begrüsst und haben Sparmassnahmen ohne Tabus vorgeschlagen.

Zybach Ursula (S, BE): Ich spreche zum Unternehmensstandort Schweiz. Die nationale Standortpromotion hat zum Ziel, den Wirtschaftsstandort Schweiz in ausgewählten Ländern und Sektoren zu positionieren und die langfristige und nachhaltige Ansiedlung ausländischer Unternehmen zu fördern. Empfänger des Kredits ist der privatrechtlich organisierte Verein Switzerland Global Enterprise. Er führt den entsprechenden Auftrag des Bundes in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen respektive mit kantonalen Zusammenschlüssen aus und trägt mit seiner Koordinationsrolle zu einem möglichst einheitlichen Auftritt der Schweiz im Ausland bei.

Die im Voranschlag 2025 eingestellten Mittel entsprechen den vom Bundesrat in der Botschaft über die Standortförderung 2024–2027 beantragten Mitteln. Darin sind die Kürzungen für 2024 und 2025 und die Sparvorgabe bei den schwach gebundenen Ausgaben enthalten.

Hier setzt nun der Antrag der Minderheit Zybach an, den ich Ihnen gerne kurz erläutere. Die Statistiken des SECO und der Nationalbank zeigen klar, dass jeweils zuerst ausländische Direktinvestitionen getätigt werden, entweder über Neuansiedlungen oder über den Ausbau von Unternehmensstandorten in der Schweiz. Nachgelagert findet dann logischerweise eine entsprechende Zuwanderung statt. Man muss die Diskussion darüber, was wir mit unserer Wirtschaftspolitik bewirken, auch einmal auf ehrliche Weise führen. Die Zuwanderung ist nämlich die Folge des von uns in der Schweiz gewählten Wirtschaftsmodells, das grundsätzlich enorm wohlstandsfördernd ist. Die aktuelle Entwicklung führt aber vor allem in den Zentren dazu, dass es immer weniger Wohnraum gibt, dass Wohnraum zunehmend von Geschäftsgebäuden überlagert wird und zu-



nehmend dazu da ist, nicht den Menschen in diesem Land, sondern den Headquarters von Unternehmen den interessantesten Lebensraum anzubieten.

Es gibt offenbar relativ alte Evaluationen zur Frage, ob es diese Standortförderung im Ausland überhaupt braucht, aber keine aktuell zuverlässige Analyse dazu. Die beantragte Kürzung soll denn auch dem Anteil entsprechen, der gemäss der entsprechenden Notiz des Departementes ausschliesslich dem Zweck der Neuansiedlung ausländischer Firmen in der Schweiz dient, also 1,9 Millionen Franken. Ich bin der Überzeugung, dass es hier eine Denkpause braucht und wir überlegen müssen, wie wir mit der Anwerbung ausländischer Firmen weiter umgehen wollen.

Ich beantrage Ihnen, für diese Veränderung bei der Position "Info über den Unternehmensstandort Schweiz" den Antrag der Minderheit Zybach anzunehmen.

Kaufmann Pius (M-E, LU): Wir befinden uns jetzt im Block 5, in dem ich eine Minderheit vertreten darf. Ich beginne mit der Begründung des Antrages dieser Minderheit.

Das Bundesamt für Landwirtschaft und die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren schliessen eine Leistungsvereinbarung ab, in der sie der Agridea prioritäre Handlungsfelder und spezifische Tätigkeiten vorgeben. Die aktuelle Leistungsvereinbarung läuft bis Ende 2025. Sie sieht eine jährliche Unterstützung von 8,2 Millionen Franken vor. Damit erfüllt der Bund seine Verpflichtung aus dem NFA. Der Voranschlag 2025 sieht eine Kürzung der Unterstützung von Agridea von 200 000 Franken vor. Darauf ist zu verzichten. Die Kürzung ist sachlich nicht begründet, verstösst gegen

AB 2024 N 2111 / BO 2024 N 2111

den NFA und verletzt laufende Verträge. Die Mitte-Fraktion hat hier Stimmfreigabe beschlossen.

Bei der Position "Neue Regionalpolitik" beantragen wir Ihnen, auch 2025 eine minimale Einlage von 12,4 Millionen Franken in den Fonds für Regionalentwicklung zu tätigen. Vor zwei Jahren beschloss das Parlament für diese Position für die Jahre 2024 bis 2031 einen Zahlungsrahmen von 217 Millionen Franken, also rund 27 Millionen Franken pro Jahr. Unsere Regionalpolitik ist eine Erfolgsgeschichte. In den vergangenen Jahren konnten von 1000 Projektträgern rund 1600 Projekte unterstützt werden. Der Einfluss auf die Regionen ist damit zweifelsohne sehr gross. Das Bundesgesetz über Regionalpolitik legt fest, wie wir diesen Fonds zu äufnen haben. Insbesondere führt Artikel 21 Absatz 3 aus, dass die längerfristige Werterhaltung des Fonds anzustreben ist.

Eine Minderheit wird in diesem Block – dies betrifft die Position "Beihilfen Pflanzenbau" – die Beiträge für Zuckerrüben unterstützen.

Bei "Direktzahlungen Landwirtschaft" und "Beihilfen Viehwirtschaft" empfehlen wir Ihnen, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Beitrag auf die Höhe der Vorjahre anzuheben. Denn die Ausgaben der Landwirtschaft sind in den letzten Jahrzehnten konstant gleich geblieben. Die Mitte steht zu einer produzierenden Landwirtschaft, die Mitte anerkennt die Leistungen der Landwirtschaft.

Gafner Andreas (V, BE): Ich spreche hier im Namen der Minderheit zur Position 708.A231.0232, "Beihilfen Pflanzenbau". Ich fordere eine Erhöhung um 1 Million Franken für die Einzelkulturbeiträge für Zuckerrüben. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Betrag zur Unterstützung des Zuckerrübenanbaus im Budget 2025 beträgt 36,2 Millionen Franken, was einer Kürzung von 2 Millionen gegenüber dem Budget 2024 entspricht. Gemäss Schätzungen der Branche wird dieser Betrag jedoch nicht ausreichen, um die Einzelkulturbeiträge für Zuckerrüben im Anbaujahr 2025 zu bezahlen, dies insbesondere auch deshalb, weil mit einer Zunahme der Fläche zu rechnen ist. Ich fordere mit meiner Minderheit also plus 1 Million Franken im Vergleich zum Budgetentwurf des Bundesrates. Im Vergleich zum Budget 2024 bedeutet dies jedoch eine Abnahme um 1 Million Franken.

Die Höhe der Beiträge ist in Artikel 54 Absatz 2bis des Landwirtschaftsgesetzes festgelegt. Wenn der im Budget vorgesehene Betrag nicht ausreicht, um die Beiträge für die effektive Fläche zu honorieren, ist es nicht akzeptabel, dass Mittel aus anderen Positionen der Pflanzenproduktion abgezogen werden. Weiter ist der Umfang der Zuckerrübenfläche, die in den letzten Jahren nach den Richtlinien der biologischen oder integrierten Produktion bewirtschaftet wurde, rasant gestiegen. Das ist erfreulich, aber das hat auch seinen Preis. Diese Flächen profitieren vom Zuschlag von 200 Franken pro Hektare und belasten damit den Bundeshaushalt stärker.

In den Erläuterungen zum Budget wird jedes Jahr erwähnt, dass das Ziel von 20 000 Hektaren Rübenanbaufläche nicht erreicht wird; im Jahr 2024 waren es 16 763 Hektare. Dieses brancheninterne Ziel ist keinesfalls mit dem Budget verknüpft. Es rechtfertigt in keiner Weise die in den letzten Jahren vorgeschlagenen Budget-



kürzungen. Die Fläche von 20 000 Hektaren ist ein langfristiges Ziel der Produzenten und der Zuckerindustrie, welches die Wirtschaftlichkeit der Fabriken in Aarberg und Frauenfeld sicherstellt. In jedem Fall muss das Budget auf den aktuellen Zahlen und den absehbaren Trends basieren. Wir tun gut daran, gerade dieser Branche mit dieser moderaten Erhöhung Perspektiven zu geben und damit die inländische Produktion zu stärken. Die momentane Diskussion um die Stahlproduktion in der Schweiz lässt grüssen.

Abschliessend will ich hier ganz klar sagen, dass entgegen allen Interpretationen des landwirtschaftlichen Budgets gerade diese Position in den letzten 25 Jahren stabil geblieben ist und kein nominelles Wachstum ausweist. Kein anderer Budgetposten ist in den letzten 25 Jahren so stabil geblieben wie das landwirtschaftliche Budget. Es wäre höchste Zeit, dass man auch in dieser Branche den Teuerungsausgleich gewährt. In allen anderen Bundesfunktionen ist dies längst der Fall. Machte der Anteil der Landwirtschaftsausgaben vor 20 Jahren 7,4 Prozent des Gesamthaushaltes des Bundes aus, sind es heute nur noch 4,7 Prozent. Die Landwirtschaft ist also nicht Treiber der gestiegenen Ausgaben. Es sind andere Positionen, die massiv gestiegen sind, als Beispiele seien folgende erwähnt: "Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit", plus 86 Prozent; "Umwelt und Raumordnung", plus 111 Prozent; oder auch "Soziale Wohlfahrt", plus 123 Prozent. Die Landwirtschaft ist mit rund 3,6 Milliarden Franken seit 25 Jahren stabil geblieben und erfüllt einen lebenswichtigen Versorgungsauftrag.

Ich komme zum Schluss: Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag meiner Minderheit zu. Sie stärken damit die inländische Zuckerproduktion und sichern längerfristig wertvolle Arbeitsplätze in der Schweiz.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich beantrage Ihnen mit meiner Minderheit eine Bedingung für die Kreditverwendung bei der Erhöhung der Direktzahlungen, die die Mehrheit möchte. Ich möchte, dass diese zusätzlichen Mittel, die Sie hier gegenüber dem Bundesrat beantragen, wenn schon, dann für die Verbesserung der Verteilungswirkung der Direktzahlungen verwendet werden.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen in den letzten Jahren in der Schweiz ist bis zu einem gewissen Grad eine Erfolgsgeschichte, auf die dieses Parlament auch stolz sein kann. Die Einkommen haben im Schnitt über 30 Prozent zugelegt, das dürfte keine andere Branche erreicht haben. Die Wahrheit ist aber auch, dass das – zumindest im Durchschnitt – auf einem teilweise sehr tiefen Niveau geschehen ist. Pro landwirtschaftliche Arbeitskraft und Stunde sind wir bei einem Durchschnittslohn von 17 Franken, und das mitunter bei den längsten Arbeitszeiten, die es in der Schweizer Wirtschaft gibt. Damit das hier klar gesagt wird: Das halte ich für einen unhaltbaren Skandal. Es geht nicht, dass man Menschen zu diesen Bedingungen arbeiten lässt. Da muss die Politik intervenieren, das ist klar.

Wenn wir aber schauen, was wir in den letzten Jahren bewirkt haben, sehen wir, dass ein grosser Teil des Problems die Verteilungswirkung der Agrarpolitik ist. Da haben Sie recht, Herr Gafner, die Direktzahlungen haben in den letzten 25 Jahren nicht stark zugenommen, nur ein bisschen, wenn wir genau sein wollen. Die Anzahl der Betriebe hat sich aber auch um etwa ein Viertel reduziert. Profitiert haben leider vor allem die grossen Betriebe, jene mit einer Grösse von über 50 Hektaren, gerade in den Tal- und Hügelregionen. Das ist das Kernproblem Ihres Antrages: dass Sie damit die Ungleichheit innerhalb der Branche noch mehr verstärken und genau jenen nicht helfen, die es nötig haben. Die Streuung ist enorm. Wenn wir den heutigen Arbeitsverdienst je Familienarbeitseinheit in der Landwirtschaft betrachten, dann sehen wir: Es gibt Betriebe, die weniger als 40 000 Franken pro Jahr verdienen; es gibt aber auch solche, die über 160 000 Franken pro Jahr verdienen.

In den Berg- und Hügelregionen sind wir im Schnitt bei einem landwirtschaftlichen Medianeinkommen von etwa 60 000 Franken; das betrifft auch Betriebe mit Spezialkulturen, Mutterkuhhaltung, mit Rindvieh, Pferden, Schafen, Ziegen und Ähnlichem. Gleichzeitig aber gibt es Spitzenverdiener, beispielsweise Talbetriebe mit Einkommen bis zu 180 000 Franken. Gleiches gibt es bei kombinierten Betrieben mit Milchkühen und Ackerbau. Bei Veredelungsbetrieben sind wir schon bei Spitzenzahlen von 190 000 Franken an landwirtschaftlichen Einkommen und bei Betrieben mit Spezialkulturen, halten Sie sich fest, bei über 220 000 Franken in den höchsten Fällen.

Dafür – es tut mir sehr leid – können Sie nicht im Ernst mehr Direktzahlungen beantragen wollen. Ich bin völlig bei Ihnen, dass wir die skandalös tiefen Entschädigungen anheben müssen, die viele Landwirtschaftsbetriebe in diesem Land erhalten. Sie brauchen die Entschädigungen, um von ihrer Arbeit würdig und in Anstand leben zu können. Aber wir können nicht im gleichen Zug Spitzenverdiener mit über 200 000 Franken Einkommen auch noch mit mehr Direktzahlungen beglücken. Das versteht beileibe wirklich niemand in einer Situation, in der das Parlament dem Rest der Schweiz erklärt, dass wir kein Geld haben für die Unterstützung bei



den Mieten, bei den Krankenkassenprämien, bei den steigenden Lebenshaltungskosten; dies auch in der Situation, in der das Parlament beim Bundespersonal sparen will.

Wenn Sie also diese 42 Millionen Franken zusätzlich einstellen wollen, dann tun Sie das von mir aus. Es gibt Gründe, warum man das machen kann. Nehmen Sie aber bitte die Bedingung an, die wir hier beantragen, dass diese zusätzlichen Mittel vor allem diesen Betrieben zukommen müssen, die sich wirklich an der Schmerzgrenze des Zumutbaren befinden, von mir aus auch den Betrieben, die sich in der Mitte der Verteilung befinden, aber nicht den Betrieben, die ganz oben in der Verteilung sind.

Hübscher Martin (V, ZH): Herr Kollege, Sie haben gesagt, wir wollten mehr Direktzahlungen. Müssen Sie nun bestätigen, dass wir nicht mehr wollen, sondern gleich viel wie letztes Jahr?

Wermuth Cédric (S, AG): Nein, das ist falsch. Wir müssen uns alle am bundesrätlichen Budget orientieren. Mit diesem Argument hätten Sie vorhin auch allen unseren Minderheitsanträgen zustimmen müssen. Dann hätten Sie bei der Entwicklungszusammenarbeit – Sie können schon im Saal telefonieren, aber wenn Sie eine Frage stellen, gehört es sich eigentlich, zuzuhören, was die Antwort ist – mithelfen müssen, das Niveau zu halten, wie es unsere Delegation beantragt hatte. Dann müssten Sie auch beim Personal und bei einer ganzen Reihe von Dingen mithelfen, das Niveau zu halten. Die Mehrheit der Kommission beantragt hier aber gegenüber dem bundesrätlichen Pfad eine Erhöhung. Die SP hat diese Finanzpolitik immer abgelehnt.

Wenn Sie also grundsätzlich darüber sprechen wollen, ob wir beim Bund damit aufhören sollen, mit diesen ideologischen Scheuklappen der Schuldenbremse dafür zu sorgen, dass das Geld eben nicht bei den Menschen, unter anderem bei den Landwirtinnen und Landwirten, ankommt, dann ist unsere Hand ausgestreckt. Aber dann müssen Sie die Finanz- und Budgetpolitik Ihrer Partei und nicht unsere hinterfragen. Das ist nicht mein Budget. Der Unterschied zu früheren Jahren ist einfach, dass es jetzt auch auf Ihre Klientel zurückfällt. Ja, es war nicht schlau, was Ihre Partei in den letzten Jahren gemacht hat, das trifft jetzt voll auch die Bäuerinnen und Bauern. Und das, glaube ich, muss man ihnen auch ehrlich sagen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Ich gehe mit Herrn Wermuth einig: Im Saal wird nicht telefoniert. Ich erinnere aber auch an die übrigen Spielregeln: kurze Frage, kurze Antwort.

Rüeggsegger Hans Jörg (V, BE): Geschätzter Kollege Wermuth, als Erstes möchte ich für die wertschätzenden Worte für die vielen Bauernfamilien in der Schweiz danken.

Können Sie bestätigen, dass Sie mit den Zahlen zu den Direktzahlungen, die Sie bei Ihren Ausführungen erwähnt haben, vor allem die Betriebe gemeint haben, dass die Zahlen also pro Betrieb und nicht pro Familienarbeitskraft gemeint sind? Das ist doch ein Unterschied. In vielen Betrieben arbeiten mehrere Familienmitglieder mit.

Wermuth Cédric (S, AG): Es ist tatsächlich so, dass ich zwei verschiedene Zahlen genannt habe. Ich hoffe, dass ich sie vorhin in meinem Votum korrekt auseinandergehalten habe. Im Grundsatz habe ich mit dem Betriebseinkommen, dem landwirtschaftlichen Einkommen, argumentiert; da haben Sie recht. Ich habe eine Grösse herausgehoben, den Arbeitsverdienst je Familienjahresarbeitseinheit, um ganz genau zu sein. Das war die Streuung der Betriebseinkommen von unter 40 000 bis über 160 000 Franken. Sie haben recht, dass es um das landwirtschaftliche Einkommen ging, als ich zum Beispiel die Spitzenverdienste von 220 000 Franken ansprach. Wenn man das aber mit anderen Haushaltseinkommen in der Schweiz vergleicht, sieht man, dass es sich immer noch um sehr solide Löhne handelt. Man wird in diesem Bereich keine Millionärin und kein Millionär, da bin ich bei Ihnen. Sie ernten jedoch viel Unverständnis und verlieren viel Goodwill in der Bevölkerung, indem Sie argumentieren, man müsse jetzt noch die Direktzahlungen für diese Leute erhöhen. Und ich verstehe nicht, warum die Landwirtschaft das riskieren will.

Huber Alois (V, AG): Lieber Kollege Wermuth, Sie haben jetzt von den hohen Einkommen von 140 000, 180 000 Franken gesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass das die grossen Betriebe mit ökologischen Leistungen sind? Diese haben eigentlich keine Produktion. Und diese Agrarpolitik machen nicht wir hier, die machen Sie dort drüben bei der Linken. Sind Sie sich dessen bewusst?

Wermuth Cédric (S, AG): Ich verstehe nicht genau, in welchem Zusammenhang Sie die Frage stellen wollen, denn Sie wollen ja diese offenbar linke Agrarpolitik mit noch mehr Aufstockungen des Budgets noch unterstützen. Das ist etwas inkohärent. Wenn Sie die Agrarpolitik ablehnen, die offenbar wir machen, müssten Sie für massive Kürzungen in der Agrarpolitik eintreten, nicht für Erhöhungen. Sie verstärken den Effekt, den Sie angesprochen haben. Das ist dann schon eine komische Argumentation. Wenn Sie das falsch finden, was hier



gemacht wird, können Sie nicht für Budgetaufstockungen sein. Ich bin nicht dagegen. Ich bin der Meinung, ökologische Leistungen gehören valorisiert, absolut. Sie können auch zu guten Einkommen führen. Aber warum schauen wir, wenn wir jetzt noch mehr draufgeben, nicht dafür, dass wir besonders diejenigen Bauernfamilien, die wirklich leiden, die kurz davor sind, ihre Betriebe im nächsten Jahr aufzugeben, unterstützen? Ich verstehe wirklich nicht, warum Sie das nicht tun wollen.

Funiciello Tamara (S, BE): Im Rahmen der Diskussionen um dieses Budget ist in den letzten zwei Tagen sehr oft das Wort Opfersymmetrie gefallen. Zugunsten der Armee sollen alle bluten. Alle? Nein, es gibt ein kleines gallisches Dorf, das nicht bluten soll, denn die Landwirtschaft soll eine Ausnahme bilden. Dafür wollen wir nämlich 42 Millionen Franken mehr, als der Bundesrat beantragt, nachdem wir zwei Tage lang gehört haben, dass nun Prioritäten gesetzt werden müssen und dass diese ganz klar bei der Armee sind. Das sind Ihre Worte, nicht meine.

Verstehen Sie mich nicht falsch – Herr Wermuth hat es ausgeführt –, ich schätze die Arbeit von Bäuerinnen und Bauern ungemein. Ihre Arbeitsbedingungen sind schwierig, ihre Arbeitstage lang, ihre Verantwortung ist gross und die Löhne sind tief; auch das entspricht nicht unserer Politik. Doch wieso müssen wir das alles gegeneinander ausspielen? Die SP-Fraktion hätte nichts dagegen, eine Erhöhung der Direktzahlungen zu beschliessen, wenn nicht gleichzeitig bei der Bildung, bei der internationalen Zusammenarbeit, beim Personal und bei der Jugend zusammengespart würde, wenn nicht gleichzeitig kein Geld für Kitas, für Schulen, für Mieten, für Krankenkassenprämien da ist.

Der Witz ist doch: Die Schweiz könnte sich das leisten. Wir könnten es uns leisten, den Bauern anständige Löhne zu zahlen, eine gute, solidarische und langfristige internationale Zusammenarbeit zu haben, in die Gleichstellung, in den Kampf gegen den Klimawandel und in einen ausgebauten Sozialstaat zu investieren, ja, wir könnten selbst in die Armee investieren. Und wie? Ich präsentiere Ihnen liebend gerne einen Plan: Wir könnten uns nämlich zum Beispiel für die Streichung von Steuervergünstigungen entscheiden. Wir könnten die Abzugsfähigkeit der Steuer für Unternehmen abschaffen; das sind 1,1 Milliarden Franken. Wir könnten weiter Finanztransaktionssteuern anpassen und eine Korrektur bei den Emissions- und Umsatzabgaben beschliessen; das sind weitere 1,3 Milliarden Franken. Wir könnten einfach die Steuervergünstigungen der letzten Jahre rückgängig machen, zum Beispiel, indem wir die Bundeskapitalsteuer von 0,1 Prozent wieder einführen; das sind 1,4 Milliarden Franken. Wir könnten den STAF-Anteil des Bundes von 78,8 auf 83 Prozent erhöhen; das sind 1,3 Milliarden Franken. Wir könnten den Anteil des Bundes an der OECD-Mindeststeuer auf 50 Prozent erhöhen; das sind noch mal 0,4 Milliarden Franken. Wir könnten die privilegierte

AB 2024 N 2113 / BO 2024 N 2113

Dividendenbesteuerung aufheben; das sind auch noch mal 0,3 Milliarden Franken.

Und wenn wir dann noch möchten und richtig mutig sind, dann könnten wir sogar über zusätzliche Steuern entscheiden. Wir könnten zum Beispiel über eine Bundesvermögenssteuer im Promillebereich entscheiden – 2,2 Milliarden Franken – oder eine direkte Bundessteuer für Unternehmen von 1 Prozent einführen; das wären 1,5 Milliarden Franken. Ich kann so weiterfahren. Ohne dass es irgendjemandem wehtut, könnte man problemlos rund 16 Milliarden Franken zusammenkriegen.

Oder, das ist auch eine bunte Idee: Ich weiss nicht, ob Sie es in der letzten Woche gelesen haben, aber die reichsten 300 Menschen in diesem Land besitzen gemeinsam satte 833,5 Milliarden Franken. Da wir hier grosse Vergleiche anstellen, wie viel das Budget für die IZA gewachsen ist, wie viel die Direktzahlungen an Bäuerinnen und Bauern gewachsen sind: Ja, die Reichsten hatten vor 36 Jahren rund 66 Milliarden, jetzt sind es 833 Milliarden Franken. Ich glaube, es ist relativ klar, was am meisten gewachsen ist, und das sind definitiv nicht die Beträge für unsere Anliegen.

Liebe Bauern hier drin, es gibt keinen Grund, dass wir uns gegeneinander ausspielen lassen. Wir sollten uns zusammenschliessen, wir sollten das Geld dort holen, wo es ist, und wir sollten Kapital statt Arbeit besteuern.

Wandfluh Ernst (V, BE): Geschätzte Kollegin Funiciello, wissen Sie, wie viele Betriebe im letzten Jahr aufgegeben haben – in Prozentzahlen?

Funiciello Tamara (S, BE): Nein, ich weiss nicht, wie viele Betriebe aufgegeben haben.

Wandfluh Ernst (V, BE): Ich lade Sie gerne einmal auf meinen Betrieb ein, weil Sie gesagt haben, wir sollten das nicht gegeneinander ausspielen. Ich lade Sie gerne einmal auf meinen Betrieb ein, damit Sie sehen, was da so alles bleibt und wie viel die Bauern wirklich verdienen ...



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Herr Wandfluh, es tut mir leid, die Spielregeln sind klar: eine kurze Frage und eine kurze Antwort, aber keine Debatte an den Pulten.

Wandfluh Ernst (V, BE): Wissen Sie jetzt, wie viele aufgehört haben?

Funiciello Tamara (S, BE): Wenn Sie mich kennen würden, dann wüssten Sie, dass ich grundsätzlich keiner Debatte und auch keiner Begegnung aus dem Wege gehe. Ich komme sehr gerne bei Ihnen vorbei, um Ihren Betrieb zu sehen. Aber ich bitte Sie, auch zu hören, was ich gesagt habe. Es geht mir nicht darum, weitere Betriebe zu schliessen, im Gegenteil. Ich sage Ihnen ja, das Geld ist da. Aber Sie können nicht für Ihre Klientel und nur für Ihre Klientel das Geld erhöhen und überall sonst sparen. Es kann doch nicht sein, dass Leute nicht über die Runden kommen, weil wir im Bereich der Mieten, der Krankenkassen, der Kita-Betreuung nichts machen, und dass Sie gleichzeitig hier in diesem Saal zwei Tage lang erzählen, wie wichtig es sei, bei der Armee aufzustocken, und sich dann selbst 45 Millionen Franken zusprechen – das geht nicht, das ist nicht kohärent.

Riem Katja (V, BE): Geschätzte Kollegin Funiciello, Sie haben in Ihrem Votum gesagt, dass wir das Budget bei der Bildung und bei der sozialen Wohlfahrt zusammensparen. Können Sie mir erklären, wie sich die Budgets der Bildung und der sozialen Wohlfahrt in den letzten Jahren entwickelt haben und wie sich das Landwirtschaftsbudget entwickelt hat?

Funiciello Tamara (S, BE): Wir sind gewachsen. Darum investieren wir auch mehr in die Bildung. Das ist relativ wichtig, weil Bildung einer der wichtigsten Rohstoffe ist, die wir in diesem Land haben. Deshalb sollten wir auch dafür zahlen.

Und nochmals, die Politik der SP-Fraktion ist nicht, weniger zu investieren. Das ist Ihre Politik. Wir sind durchaus bereit, in all diese Bereiche zu investieren. Sie sind dagegen.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Kollegin, ich bin auch der Meinung, dass es bei der Schweizer Landwirtschaft Sparpotenzial gibt. Sind Sie auch bereit, beim Bundesamt für Landwirtschaft bei den Stellen zu sparen?

Funiciello Tamara (S, BE): Ich sage es gerne noch einmal: Ich bin nicht der Meinung, dass die Schweizer Landwirtschaft Sparpotenzial hat. Ich bin bloss der Meinung, dass man nicht nur dort erhöhen sollte und sonst überall nicht. Das geht nicht auf.

Wyss Sarah (S, BS): Es ist beinahe ein bisschen schwierig, nach dieser doch sehr fundamentalen Debatte über die grossen Linien der Funktionsweise unserer Gesellschaft und unseres Staatswesens eine so kleine Minderheit zu vertreten. Dennoch debattieren wir auch hier teilweise über kleine, aber feine Minderheiten. Ich bin froh, dass ich diese feine Minderheit hier ganz kurz begründen darf.

Es geht um den gemeinnützigen Wohnungsbau. Wir haben gemäss Artikel 108 der Verfassung den Auftrag, das muss ich Ihnen nicht sagen, Wohnraumförderung zu betreiben. Dazu gehören, nebst der Verwaltung der Instrumente zur Wohnbauförderung, niederschwellige Angebote für Wohnbauträger, gerade auch in ländlichen Gebieten oder in Randregionen. Das ist auch wichtig und richtig. Die Leerwohnungsziffer ist stark gesunken, die Mieten sind gestiegen und die Mieten steigen weiter und weiter. Es herrscht Wohnungsknappheit. Kommen wir unserem Verfassungsauftrag sowie dem Aktionsplan nach, dürfen wir hier keine Kürzung vornehmen. Genau dies fordert die Minderheit. Sie fordert hier, dass die Kürzung, die sich zu den Querschnittkürzungen des Bundesrates von 1,4 Prozent überproportional verhält, rückgängig gemacht wird.

In diesem symbolischen Minderheitsantrag geht es um 130 000 Franken; wahrscheinlich kostet die für die Debatte hier aufgewendete Zeit mehr. Ich bitte Sie aber, der Minderheit zu folgen und ein starkes Zeichen zu setzen. Dieses Geld kann für die Bevölkerung und für bezahlbaren Wohnraum sinnvoller eingesetzt werden.

Pahud Yvan (V, VD): Toujours plus pour les autres et toujours moins pour ceux qui se lèvent tôt chaque matin pour nourrir notre population; pour le groupe UDC, le financement dédié à notre agriculture ne doit en aucun cas être diminué, mais doit au contraire être maintenu pour garantir une agriculture souveraine, performante et nourricière. Le groupe UDC s'est fixé des lignes rouges à ne pas franchir. Notre groupe ne peut tolérer une diminution du budget destiné à l'agriculture. Budget après budget, nous nous battons pour le maintien, voire l'augmentation des contributions destinées à l'agriculture. Le groupe UDC s'opposera toujours aux coupes budgétaires qui mettraient en péril les exploitations agricoles de ce pays. Malgré des finances fédérales difficiles, il est impensable que seuls les agriculteurs de ce pays voient leurs revenus diminuer.



Je rappelle que l'agriculture est le seul domaine qui n'a pas vu son budget augmenter ces vingt dernières années. Dans notre pays, est-il normal que les agriculteurs gagnent en moyenne 17 francs de l'heure? Est-il normal que l'on veuille réduire le soutien de la Confédération quand ceux-ci doivent faire face à la pression non régulée de produits importés, à la pression des gros distributeurs, aux augmentations de coûts de production et surtout aux demandes toujours plus grandes de l'administration en matière de normes ou de paperasses administratives?

En effet, chaque année, l'administration demande toujours plus à nos agriculteurs, qui doivent remplir de la paperasse souvent inutile et qui justifie une pseudo-prestation. Si l'on demande plus, il faut au minimum rémunérer correctement les agriculteurs. Contrairement à ce qui a été dit par la gauche de cet hémicycle, il n'y a pas d'augmentation du budget dédié à l'agriculture. Nous demandons uniquement que les fonds destinés à l'agriculture en 2025 soient équivalents à ceux de 2024.

Le groupe UDC vous demande donc de suivre la majorité de la commission afin de rétablir le budget agricole et de

AB 2024 N 2114 / BO 2024 N 2114

soutenir les propositions de minorité Kaufmann et Gafner pour les positions "Vulgarisation agricole", et "Aides à la production végétale". Surtout, il vous demande de rejeter les propositions de la minorité de gauche, qui veut diminuer le financement des agriculteurs de notre pays et donc appauvrir encore et encore ces femmes et ces hommes qui se lèvent tôt chaque matin pour nous nourrir.

Concernant le SECO, le groupe UDC vous demande de soutenir la majorité de la commission concernant les positions "Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme" et "Nouvelle politique régionale". Concernant la position "Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse", de nouvelles entreprises en Suisse, le groupe UDC vous invite à suivre la majorité et surtout à rejeter la proposition de minorité qui vise à restreindre les moyens afin d'attirer de nouvelles entreprises créatrices d'emplois et donc gages de prospérité pour notre pays.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Dans ce bloc, le groupe socialiste soutiendra la diminution acceptée en commission dans la position "Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme". En effet, les fonds alloués à Suisse Tourisme augmenteraient de 3,4 millions de francs en 2025, alors que le tourisme se porte bien. Il convient de faire des efforts dans les régions moins favorisées et de le diminuer dans les lieux d'attraction. Il faudrait aussi aborder la question du tourisme excessif, qui peut poser des problèmes. Il nous semble donc que puisqu'il faut faire des économies, elles ne devraient actuellement pas avoir de conséquences douloureuses dans ce secteur.

Concernant la position "Nouvelle politique régionale", nous soutiendrons la position du Conseil fédéral de ne pas augmenter la dotation de 12,477 millions de francs. Même si l'on reconnaît l'importance de la nouvelle politique régionale pour les zones rurales et les régions de montagne, cette augmentation n'est pas pertinente dans la mesure où le fonds dispose d'un bon niveau de liquidités, et le programme pourra être mis en oeuvre sans dotation supplémentaire.

De la même manière, nous vous demandons de soutenir la proposition de la minorité Zybach, qui vise à réduire à 2,560 millions de francs la position "Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse". Nous ne disposons actuellement d'aucune évaluation sur la pertinence de ce programme. Il y a aussi lieu de se poser la question de l'utilisation du sol, car pendant que l'on peine à trouver des logements pour la population, on attribue des espaces à des quartiers généraux de multinationales. Dans le même temps, on assiste à une désindustrialisation, comme le montrent les difficultés de l'aciérie de Gerlafingen. Ne devrait-on pas stabiliser les structures existantes, notamment dans le secteur secondaire avant de faire venir massivement le capital étranger? Nous pensons donc que c'est le moment de faire une pause afin de réfléchir à notre modèle industriel de manière transversale.

Nous soutiendrons les propositions de minorité Gredig pour une réduction de la position "Contributions à l'élimination" et de la position "Promotion de la qualité et des ventes". Il est proposé de renoncer à une augmentation, voire de réduire le montant, mais au minimum de suivre le Conseil fédéral. En effet, il s'agit de mesures de marketing qui ne se justifient pas. Les produits suisses sont de qualité, et ces mesures ne profitent pas directement à l'agriculture, mais engendrent une bureaucratie inutile.

Concernant la proposition de la minorité Gredig pour une réduction de la rubrique "Aides à la production animale", nous considérons aussi que cette mesure ne profite pas directement à l'agriculture, mais est de nature bureaucratique.

Nous refuserons aussi la proposition de la minorité Gafner, qui vise à augmenter de 1 million de francs la



position "Aides à la production végétale". Cette aide est essentiellement prévue pour la production de betterave sucrière. Or, la branche de la betterave sucrière a défini l'objectif d'atteindre une surface de 20 000 hectares afin d'exploiter suffisamment les deux usines de betteraves sucrières. Ces dernières années, cet objectif n'a pas pu être atteint. Le point le plus bas a été atteint en 2022, avec 15 600 hectares. Cette année, la surface était de 16 700 hectares; dans ces conditions, il n'est pas pertinent d'augmenter encore ce budget. Il faut aussi rappeler comme point annexe que l'excès de sucre engendre des problèmes de santé publique très graves qui ne sont pas assez pris au sérieux.

Venons-en maintenant à la position "Paiements directs versés dans l'agriculture", qui a fait l'objet de longues discussions. Le fait de vouloir augmenter les paiements directs de cette manière ne profite qu'à une partie des agriculteurs. Le rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat Bulliard 21.4585 montre qu'en moyenne, les paysans de montagne reçoivent 63 pour cent de moins que ceux des régions de plaine. Le système devrait être conçu de manière à éviter de telles disparités. Le problème est que la politique agricole ne va pas dans le sens de corriger ces inégalités, qui risquent même de se creuser. Le fait d'accepter la proposition de la majorité de la commission serait un mauvais incitatif. Mon préopinant du groupe UDC se plaint d'une baisse de budget dans l'agriculture, mais n'hésite pas à proposer d'augmenter le budget de l'armée, ce qui n'est absolument pas justifié à l'heure actuelle. Nous vous recommandons de suivre la proposition de la minorité Funicello qui va dans le même sens que le Conseil fédéral.

Enfin, concernant l'enveloppe budgétaire de l'Office fédéral du logement, nous soutiendrons la proposition de la minorité Wyss, qui a pour objectif de remettre un montant de 130 000 francs à cet office. Ce montant est assez modique, mais le travail de conseil exercé par les associations faitières contribue à la promotion de la construction de logements d'utilité publique. Dans le contexte actuel de pénurie de logements, en particulier de logements à loyers modérés, cette coupe arrive au plus mauvais moment. Il s'agit d'un montant modique, mais qui a un effet important sur la capacité des institutions concernées qui, avec un petit budget, font un travail remarquable. C'est aussi un signal politique pour les coopératives qui oeuvrent à la promotion de logements à un prix abordable.

Gredig Corina (GL, ZH): Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt Ihnen bei diesem Block Mehrausgaben von fast 50 Millionen Franken. Nun, das mag fast schon als kleiner Betrag erscheinen, da wir zwei Blöcke zuvor Mehrausgaben von 530 Millionen Franken beschlossen haben. Wir befinden uns in einem schwierigen Budgetprozess mit einer angespannten Situation. Und wir haben bereits in verschiedenen Bereichen, beispielsweise bei der Entwicklungszusammenarbeit im Block davor, grosse Opfer gefordert. Mit einem massiven Ausbau der Subventionen nur für eine Branche würden wir das Budget aus dem Gleichgewicht bringen. Und das berühmte Wort für alle Finanzpolitikerinnen, ein Wort, das wir regelmässig brauchen, die berühmte Opfersymmetrie, ist mit diesem Konzept nicht mehr eingehalten.

Sollte der Antrag der Mehrheit bei den Direktzahlungen dennoch durchkommen, werden wir den Minderheitsantrag Wermuth unterstützen, um die zusätzlichen Mittel schwerpunktmässig zugunsten einer gleichmässigeren Verteilung der landwirtschaftlichen Einkommen zwischen den Betrieben einzusetzen, also insbesondere für eine Besserstellung der Betriebe in der Bergregion im Vergleich zu jenen in der Talregion.

Wichtiger aber erscheint es mir, dass wir in dieser schwierigen Budgetsituation, in der von allen Bereichen Opfer eingefordert werden, nicht auch noch die Mittel für Subventionen für die Branchen rund um die Landwirtschaft aufstocken. Der Steuerzahler muss Marketingmassnahmen für Schweizer Fleisch, für Schweizer Wein und andere Produkte subventionieren. Das ist doch wirklich keine staatliche Aufgabe. Ich appelliere insbesondere an die Vertreter der Parteien, die das Wort "liberal" im Parteinamen haben. Das ist keine staatliche Aufgabe, es ist klar marktverzerrend, und es macht keinen Sinn, dies den Steuerzahlenden anzulasten. Schweizer Produkte sind doch auch genügend gut.

Bleiben Sie massvoll und unterstützen Sie die entsprechenden Minderheitsanträge, die auf Bundesratskurs bleiben wollen.

AB 2024 N 2115 / BO 2024 N 2115

Knutti Thomas (V, BE): Frau Gredig, ich habe mich gestern schon etwas geärgert über die Aussagen über die Landwirtschaft. Hierzu meine Frage: Können Sie mir einmal erklären, was für ein Problem die Grünliberale Partei mit der Landwirtschaft hat? Sie kritisieren immer die Landwirtschaft. Was ist das Problem Ihrer Partei?

Gredig Corina (GL, ZH): Gar keines, wir lieben Schweizer Produkte, wie Sie das auch tun.

Cottier Damien (RL, NE): Si c'est le cas, Madame Gredig, nous vous invitons à revoir la position de votre





groupe sur les crédits agricoles que nous voterons. Pour sa part, dans ce bloc, le groupe libéral-radical vous invite à suivre systématiquement la majorité à une exception, sur laquelle je reviendrai, qui concerne la position, "Nouvelle politique régionale".

Plus en détail, sur la position du groupe de prestations 5, "Politique du marché du travail", la commission était unanimement favorable à un accroissement de la promotion du potentiel de main-d'œuvre indigène, avec une croissance visée de 5 pour cent par rapport à l'année précédente. Nous soutenons cette proposition.

S'agissant de la position, "Suisse Tourisme", la majorité de la commission propose de réduire de 2,8 millions de francs les contributions de la Confédération dans le plan financier dès 2026. Vu la situation financière de la Confédération, cela va ainsi dans le sens proposé dans le rapport Gaillard, même s'il faut dire que ce rapport va beaucoup plus loin dans les coupes proposées. Notre groupe estime que c'est une adaptation supportable et financièrement raisonnable. Il soutiendra cette proposition.

S'agissant de la position, "Nouvelle politique régionale", c'est la seule position sur laquelle nous proposons de ne pas suivre la majorité, mais de suivre la proposition de la minorité Gredig. Le groupe libéral-radical estime en effet que la proposition du Conseil fédéral de ne pas doter le fonds cette année est pertinente, vu la situation financière. Ce n'est pas une défiance à l'égard des régions concernées, mais le fonds dispose, pour l'heure, d'un bon niveau de liquidités. Le programme pluriannuel en cours – le Conseil fédéral s'y est engagé – pourra sans peine être mis en œuvre sans dotation au fonds cette année. Fin 2023, la fortune du fonds s'élevait à 1,128 milliard de francs, et les liquidités étaient de 560 millions de francs. On voit donc que le niveau de liquidité du fonds et son niveau de dotation sont très élevés et pour tout dire, largement suffisants.

Le groupe libéral-radical ne suivra pas la minorité Zybach, qui a pour objectif de réduire de près de 40 pour cent les fonds alloués à la promotion économique visant à favoriser l'installation d'entreprises étrangères en Suisse, et donc à améliorer la compétitivité et l'attractivité de notre économie, ainsi que la prospérité et l'emploi. A vrai dire, nous nous étonnons de cette vision à court terme, qui tendrait vers une politique de décroissance et de morosité pour notre pays.

S'agissant de l'agriculture, notre groupe soutiendra les décisions de la commission, de manière à retrouver les budgets de 2024 et à ne pas diminuer le soutien à l'agriculture, alors que ce domaine connaît de fortes évolutions et une concurrence toujours plus difficile, notamment vu les exigences qui sont posées en Suisse et qui n'ont souvent pas d'équivalent à l'étranger et les revenus moyens très bas dans la branche. Ils ont été évoqués plusieurs fois aujourd'hui; le Conseil fédéral l'a encore rappelé récemment dans son avis au postulat Bulliard 21.4585, "Revenus des familles paysannes". J'insiste sur le terme: il s'agit de ne pas diminuer le soutien à l'agriculture. Les orateurs précédents parlent ici ou là de "Mehrausgaben" ou d'augmentation. Il ne s'agit pas d'augmenter, mais simplement de maintenir le budget tel qu'il était en 2024. Alors oui: c'est une augmentation par rapport à ce que propose le Conseil fédéral, mais le Conseil fédéral propose des baisses.

Je tiens quand même à rappeler que le budget agricole est, avec celui de la défense nationale, le seul qui n'a pas augmenté ces vingt dernières années. Mme Funicello nous a précédemment lu le programme du Parti socialiste en nous vendant du rêve avec des augmentations d'impôt dans tous les domaines et une politique de l'endettement. Quand je dis "en nous vendant du rêve", c'est évidemment avec de gros guillemets, puisque c'est une vision d'horreur que nous ne voulons pas pour ce pays. Mais lorsque nous parlons du budget agricole, c'est le seul qui n'a pas augmenté ces vingt dernières années, et c'est même le seul en termes réels, avec – je le répète – la défense nationale, qui a été concerné par des baisses. Dans ce domaine également, nous devons avoir une vision sociale. On l'a rappelé: les revenus ne sont pas élevés et nous ne voyons pas pourquoi, dans ce domaine spécifiquement, il serait acceptable de faire des coupes alors que les revenus sont bas. Il ne s'agit pas du village gaulois. Il s'agit simplement de tenir compte de la réalité des chiffres.

C'est la raison pour laquelle, pour l'essentiel, notre groupe soutiendra les propositions de la majorité et rejettera la proposition de minorité Funicello, qui vise à couper dans la position, "Paiements directs versés dans l'agriculture". Il rejettera également la proposition de minorité Wermuth, qui relève de la politique agricole, mais ce n'est pas dans le cadre du budget que nous devons faire de la politique agricole, c'est dans le cadre de la stratégie de politique agricole que notre Parlement aura l'occasion d'en débattre.

Enfin, notre groupe soutiendra, dans le supplément II au budget, l'extension concernant la protection contre le loup, puisqu'il s'agit tout simplement de dépenses effectives qui seront nécessaires cette année.

Kälin Irène (G, AG): Dieser Block ist intellektuell eine Herausforderung, denn die Arbeitsmarktpolitik und die wirtschaftliche Zusammenarbeit haben nur mit der Landwirtschaft gemeinsam, dass sie beide im Departement von Guy Parmelin angesiedelt sind. Ich beschränke mich im Namen der Grünen Fraktion auf die Landwirtschaft. Ich bitte Sie aber, auch bei der Arbeitsmarktpolitik vorausschauende Entscheide zu treffen und nicht zugunsten von vermeintlich kurzfristigen Einsparungen langfristige Folgekosten zu generieren. Für die wirt-



schaftliche Zusammenarbeit gilt dasselbe wie für die internationale Zusammenarbeit in Block 3, denn diese ist nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern für ein neutrales Land wie die Schweiz auch Sicherheitspolitik.

Aber kommen wir zur Landwirtschaft und zur Frage, wieso Investitionen in eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft und Absatzförderung für Fleisch, Eier und Wein unterschiedlich zu bewerten sind. Die Grüne Fraktion steht für eine starke und nachhaltige Landwirtschaft in der Schweiz ein. Wir sind für eine Landwirtschaftspolitik, die nachhaltig wirtschaftet und bewirtschaftet, die darauf abzielt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu pflegen, die Biodiversität zu schützen und die Umweltbelastungen zu minimieren. Wir sind für eine Landwirtschaft, die uns nicht nur gesunde und nachhaltige Lebensmittel auf den Teller bringt, sondern den Bäuerinnen und Bauern auch ein Auskommen sichert.

Trotz der Tatsache, dass die Landwirtschaft in der Politik punkto Nachhaltigkeit und Ökologie noch weit davon entfernt ist, dass wir sie "grün" im grünen Sinne und "nachhaltig" im nachhaltigsten Sinne nennen könnten, bieten wir Hand für eine Aufstockung der Mittel für die Direktzahlungen. Denn diese kommen direkt jenen zugute, die unser Land bestellen und unsere Teller füllen. Wir attestieren der Landwirtschaftspolitik ausserdem, dass sie in Richtung Nachhaltigkeit unterwegs ist.

Ganz anders sehen wir die Absatzförderung. Eine staatliche Förderung von Fleisch und Eiern fördert den Konsum dieser Produkte, obwohl wir alle wissen, dass wir in der Schweiz viel zu viel tierische Produkte verzehren – hinsichtlich unserer Gesundheit wie auch unseres ökologischen Fussabdrucks. Weder das Klima noch unser eigener Körper ist auf unseren Überkonsum von tierischen Produkten ausgerichtet.

Ähnlich ist die Problematik beim Wein. Welches Zeichen senden wir, wenn wir als Staat den Genuss von Wein zusätzlich fördern und gleichzeitig in der Gesundheitsprävention Gegensteuer geben müssen? Letztlich wissen wir alle, dass selbst der beste Schweizer Wein bei übermässigem Genuss schlecht für unsere Gesundheit ist. Ich fasse zusammen: Obwohl wir wissen, dass unsere Landwirtschaft noch lange nicht dort ist, wo wir sie als grüne und

AB 2024 N 2116 / BO 2024 N 2116

nachhaltige Landwirtschaft, die im Einklang mit der Biodiversität steht, gerne hätten, bieten wir Hand zur Aufstockung der Direktzahlungen. Denn wir anerkennen die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für unser Kulturland und unsere Ernährung. Wir vertrauen dem eingeschlagenen Weg der Landwirtschaftspolitik für mehr Nachhaltigkeit, auch wenn wir etwas schneller unterwegs sein könnten.

Im Gegensatz dazu lehnen wir eine weitere Ausdehnung der Absatzförderung klar ab. Es braucht im Gegenteil eine Reduktion. Denn es ist und bleibt paradox, dass der Staat Werbung für Nahrungsmittel macht, von denen wir in der Schweiz bereits einen übermässigen Konsum haben, der – wie wir genau wissen – für Körper und Planet schädlich ist. Dies gilt leider für Fleisch und Eier genauso wie für Wein, auch wenn ich mir persönlich wünschen würde, dass es anders wäre und der Genuss dieser Leckereien keine Schäden hinterlassen würde, weder an meinem Körper noch am Planeten. Es ist aber schlichtweg nicht so, und wir haben eine Verantwortung für unsere Gesundheit und für diejenige unseres Planeten.

Hübscher Martin (V, ZH): Kollegin Kälin, ich habe eine kurze Frage: Sie wissen schon, dass es um Kofinanzierungen geht, und Sie wissen vermutlich auch noch, weshalb diese Absatzförderungsbeiträge eingeführt wurden. Dies geschah, als im Rahmen der Umsetzung der Uruguay-Runde von der WTO die Freigrenze eingeführt wurde. Es kommt letztlich nicht zu einer Aufstockung, sondern zu einer Beibehaltung des aktuellen Zustandes; letztendlich ist es auch eine Frage der Konsistenz dieser Politik. Käme dies indirekt nicht einem Nichteinhalten dieses Versprechens gleich? Denn es war ja eine Kompensationsmassnahme im Zuge der Einführung der Freigrenze für WTO-Kontingente.

Kälin Irène (G, AG): Die Kommissionsmehrheit fordert hier eine Aufstockung. Sie haben die Möglichkeit, mit der Minderheit II (Gredig) beim Bundesrat zu bleiben oder mit der Minderheit I (Gredig) 9,9 Millionen Franken einzusparen. Wir wissen es alle, für Fleisch, Eier und Wein geben wir im Jahr 15,4 Millionen Franken aus, und, ganz ehrlich, Sie haben den Beweis längstens erbracht: Schweiz im Teller ist top! Auch bei den tierischen Produkten, auch bei allem, wovon wir in Hinblick auf unsere Gesundheit zu viel konsumieren. Alle, die es sich leisten können, bevorzugen Schweizer Produkte.

Riem Katja (V, BE): Geschätzte Kollegin, Ihrem Votum entnehme ich, dass Sie mit Ihrer Partei zusammen den Konsumentinnen und Konsumenten vorgeben möchten, welche Produkte sie denn konsumieren sollen und welche nicht. Können Sie das so bestätigen?

Kälin Irène (G, AG): Das Gegenteil ist der Fall. Es kann doch unmöglich sein, dass es eine staatliche Aufgabe



ist, Produkte zu bewerben, selbst wenn sie aus der Schweiz kommen, von denen wir wissen, dass wir für unsere eigene Gesundheit, aber auch für die Nachhaltigkeit und das Klima bereits zu viel davon konsumieren. Das Gegenteil ist also der Fall. Heute bewerben wir Produkte, und ich möchte nur, dass sie etwas weniger beworben werden. Sie haben nämlich längst den Beweis aus der Landwirtschaft erbracht, dass Ihre tierischen Produkte, die Sie zu Recht anbieten, besser bei Schweizerinnen und Schweizern ankommen als ausländische Produkte.

Kaufmann Pius (M-E, LU): Ist Ihnen bewusst, dass der Selbstversorgungsgrad mit den Produkten, die wir in der Schweiz produzieren, etwa 50 Prozent beträgt und dass wir diesen Selbstversorgungsgrad mit Marktstützungsmassnahmen halten können, wozu wir auch einen Auftrag haben? Ohne diese Massnahmen wird es nicht mehr attraktiv sein, diese Produkte in der Schweiz zu produzieren. Sie werden dann im Ausland produziert.

Kälin Irène (G, AG): Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Die Absatzförderung und der Anteil der Schweizer Produktion sind zwei völlig verschiedene Sachen. Sie haben in der Landwirtschaft längst den Beweis erbracht, dass Schweizerinnen und Schweizer Schweizer Produkte bevorzugen. Der Selbstversorgungsgrad würde nicht zunehmen, wenn wir für Schweizer Fleisch noch mehr Werbung machen würden.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Kälin, Sie haben es gerade selber ausgeführt: Schweizerinnen und Schweizer bevorzugen Schweizer Landwirtschaftsprodukte. Warum ist das so? Weil sie die Mehrwerte sehen. Die Mehrwerte werden durch die Absatzförderung gegenüber Produkten aus dem Ausland aufgezeigt. Stimmen Sie dem zu oder nicht?

Kälin Irène (G, AG): Der ersten Hälfte Ihrer Aussage stimme ich voll und ganz zu; Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen. Aber das haben die Schweizerinnen und Schweizer längst erkannt. Wir müssen nicht Geld ausgeben für nichts. Schweizer Produkte werden bevorzugt konsumiert.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich spreche zuerst zur Messgrösse, zum neuen Ziel zur Arbeitsmarktpolitik. Ich bitte Sie, dieses Ziel abzulehnen. Die Stärkung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ist ein Legislaturziel des Bundesrates. Entsprechend ist im dortigen Ziel 9, "Die Schweiz stärkt das inländische Arbeitskräftepotenzial", als Messgrösse die Erwerbsquote der Frauen enthalten, mit dem qualitativen Ziel, diese Quote zu erhöhen. Wir sehen bei dem hier zusätzlich beantragten Ziel nicht, dass dieses realistisch oder zweckmässig wäre.

Dann zum Antrag zur Position "Schweiz Tourismus": Hier ist der Bundesrat einverstanden. Sie wissen, dass wir im Entlastungspaket auch eine Kürzung bei den Mitteln für Schweiz Tourismus vorsehen, und zwar um 20 Prozent, spätestens ab 2027. Wir erachten den vorliegenden Antrag als ersten Schritt. Es sind hier nur 5 Prozent, nicht 20 Prozent.

Gleiches gilt für den Antrag zur Position "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus"; wir sind auch hier einverstanden. Im Rahmen der Aufgaben- und Subventionsüberprüfung sollte nach Auffassung des Bundesrates spätestens ab 2027 am gesamten Entlastungsvolumen festgehalten werden. Auch diesen Antrag verstehen wir als ersten Schritt.

Dann zu den Anträgen bei der Neuen Regionalpolitik: Ich bitte Sie, hier die Minderheit Gredig zu unterstützen. Wir haben Ihnen einen schuldenbremsenkonformen Voranschlag unterbreitet. Es gilt hier zu bedenken, dass der Fonds für Regionalentwicklung auch ohne diese Einlage trotzdem mehr als 1,1 Milliarden Franken Fondsvermögen und, wenn ich das richtig im Kopf habe, etwa 560 Millionen Franken liquide Mittel hat. Es ist jetzt wirklich einfach, hier 12,5 Millionen Franken zuhanden des Budgets freizustellen, statt einen Fonds zu öffnen, der eigentlich schon überquillt. Die mehrjährigen Programme können problemlos erfüllt werden.

Zum Staatssekretariat für Wirtschaft, zur Position "Info über den Unternehmensstandort Schweiz": Hier gibt es eine Minderheit Zybach. Wir bitten Sie, den Antrag dieser Minderheit abzulehnen. Er verlangt, dass die Mittel für die Standortförderung bereits ab 2025 um 40 Prozent gekürzt werden. Mit einer solchen Kürzung stünden weniger Mittel zur Verfügung, um gezielt innovative ausländische Unternehmen anzusiedeln, die in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen.

Dann zum Bundesamt für Landwirtschaft, zum "Landwirtschaftlichen Beratungswesen": Hier bitten wir Sie ebenfalls, den Antrag der Minderheit abzulehnen. Gemäss Entwurf stehen 2025 gleich viele Mittel wie 2024 zur Verfügung.

Zum Bundesamt für Landwirtschaft, zur Position "Entsorgungsbeiträge": Hier bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Gredig abzulehnen. Der Bundesrat hat einen schuldenbremsenkonformen Voranschlag präsentiert.



Die Kürzung hier ist nicht notwendig.

Das Gleiche gilt für die Position "Qualitäts- und Absatzförderung": Eine Kürzung ist nicht notwendig, um die Schuldenbremse einzuhalten. Ich bitte Sie, hier die Minderheit II (Gredig) zu unterstützen. Mit den beiden Anträgen zur Aufstockung bei den Direktzahlungen und bei der Qualitäts- und Absatzförderung würde die Landwirtschaft sonst vollständig von der Umsetzung der Kürzungsvorgabe des Bundesrates ausgenommen.

AB 2024 N 2117 / BO 2024 N 2117

Dann zum Antrag der Minderheit Gredig zu den "Beihilfen Viehwirtschaft": Auch hier erachten wir eine Kürzung nicht als notwendig, um einen Voranschlag zu erreichen, der schuldenbremsenkonform ist.

Zu den "Beihilfen Pflanzenbau": Wir lehnen den Minderheitsantrag ab. Bis 2026 legt das Landwirtschaftsgesetz einen fixen Beitrag des Bundes pro Hektare angepflanzter Zuckerrüben fest. Der vom Bundesrat budgetierte Rückgang von 2 Millionen Franken auf diesem Kredit gegenüber dem Voranschlag 2024 ist damit begründet, dass die Flächenentwicklung beim Zuckerrübenabbau voraussichtlich weiterhin deutlich hinter der von der Schweizer Zuckerwirtschaft angestrebten Anbaufläche von 20 000 Hektaren zurückbleiben wird.

Zur Position "Direktzahlungen Landwirtschaft": Hier lehnen wir den Antrag der Minderheit Wermuth ab. Das BLW beabsichtigt, die Aufstockung – sollten Sie sie überhaupt beschliessen – 2025 proportional zu den ausbezahlten Direktzahlungen auszurichten.

Dann zum Antrag der Minderheit Funicello zur Position "Direktzahlungen Landwirtschaft": Hier ist es einfach so, dass die Sparvorgabe des Bundesrates, die Querschnittkürzung, auf alle Bereiche angewendet wird. Ich räume ein – das wurde auch bereits gesagt –, dass die Landwirtschaft in den letzten Jahren keine zusätzlichen Mittel erhalten hat; das ist so. Auch wird manchmal in den Medien gefragt, warum die Arbeitsgruppe Gaillard diesen Bereich ausgespart hat. Wir haben hier eine gesetzliche Grundlage für das Direktzahlungssystem, und das betraf nicht den Auftrag dieser Arbeitsgruppe. Hier geht es um die bäuerlichen Einkommen; ich habe da ein gewisses Verständnis. Wir haben diese Kürzung im Sinne der Opfersymmetrie vorgenommen, denn alle Bereiche, alle mehrjährigen Finanzprogramme – das wissen Sie – wurden um 1,4 Prozent gekürzt.

Beim Bundesamt für Wohnungswesen bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Wyss abzulehnen.

Dann beantragt die Finanzkommission im Nachtrag II noch zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million Franken für Schutzmassnahmen gegen den Wolf. Wir widersetzen uns hier nicht gänzlich. Ich muss einfach sagen, dass die Subventionssätze hier bei 80 Prozent liegen, und das ist das Problem. Die Ausschöpfung ist deshalb so gross, weil die Subventionssätze so hoch sind. Man muss daher über die Subventionssätze sprechen. Mit dem Antrag der Finanzkommission hierzu können wir, sage ich jetzt einmal, leben.

Ritter Markus (M-E, SG): Sehr geehrte Frau Bundesrätin, ich möchte nochmals präziser nachfragen: Können Sie bestätigen, dass das Bundesbudget in den letzten zwanzig Jahren im Volumen um über 30 Milliarden Franken gewachsen ist und die Landwirtschaft in dieser Zeit nominal gleich viele Gelder erhalten hat?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ja, Herr Nationalrat Ritter, das kann ich Ihnen bestätigen. Sie kennen die Argumentation des BLW: Es würde Ihnen sagen, dass es weniger Betriebe gibt und dass die Direktzahlungen auf weniger Betriebe entfallen.

Dettling Marcel (V, SZ): Frau Bundesrätin, das hat mich jetzt ein wenig gereizt. Bedeuten denn weniger Betriebe in der Schweiz, dass es für die Bauern weniger Arbeit gibt?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Nein, das gibt es sicherlich nicht.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Wir sind bei Block 5 der Detailberatung. In diesem Block geht es um die Landwirtschaft, die Standortförderung, die Arbeitsmarktpolitik und das Wohnungswesen.

Ich beginne mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft und erläutere zuerst die drei Anträge der Kommission: Beim ersten Antrag geht es um die Leistungsgruppe 5, die Arbeitsmarktpolitik. Die Kommission beantragt einstimmig, ein neues Ziel zu definieren, und zwar die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Dieses soll besser ausgeschöpft werden, damit sich die Erwerbsquote der Frauen erhöht und das Durchschnittsalter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt ansteigt. Zudem soll der Soll-Wert bei der Messgrösse "durchschnittliches Arbeitspensum der erwerbstätigen Frauen" im Voranschlag 2025 um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Steigerung um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr soll jeweils auch in den Folgejahren erreicht werden.

Mit 22 zu 3 Stimmen beantragt Ihnen die Finanzkommission, die Finanzhilfen an Schweiz Tourismus im Finanzplan 2026–2028 jährlich um 5 Prozent zu reduzieren. Der Antrag der Kommission stützt sich auf die



Empfehlungen der Expertengruppe Gaillard.

Bei den Mitteln zugunsten des Förderinstruments Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus beantragt Ihnen die Kommission für das Jahr 2025 mit 20 zu 5 Stimmen eine Reduktion von 1 Million Franken. Die Kürzung um 1 Million Franken soll auch im Finanzplanjahr 2026 erfolgen. Infolge der Covid-19-Pandemie ist diese Budgetposition erhöht worden, um die Auswirkungen der Pandemie auf den Tourismus abzufedern. Inzwischen geht es dem Schweizer Tourismus erfreulicherweise wieder besser, somit ist eine Kürzung vertretbar.

Es gibt bezüglich des Budgets des SECO zwei Minderheitsanträge: Bei der Regionalpolitik beantragt die Kommission mit 14 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Erhöhung gegenüber dem Entwurf des Bundesrates um 12,477 Millionen Franken für das Jahr 2025 sowie Erhöhungen im Finanzplan der Jahre 2026 und 2027. Eine Minderheit Gredig will die Einlage in den Fonds für Regionalentwicklung nicht erhöhen.

Eine Minderheit Zybach beantragt bezüglich der Mittel, die für die Anwerbung ausländischer Unternehmen zwecks einer Ansiedlung in der Schweiz vorgesehen sind, eine Kürzung um 1,9 Millionen Franken. Die Kürzung soll auch im Finanzplan 2026–2028 erfolgen. Mit einer solchen Reduktion wäre es kaum möglich, innovative ausländische Unternehmen gezielt anzusiedeln, die Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen, Forschung betreiben und Aufträge an andere Unternehmen vergeben. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 17 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ich komme zum Bundesamt für Wohnungswesen. Eine Minderheit Wyss beantragt beim "Funktionsaufwand (Globalbudget)" eine Erhöhung um 130 000 Franken im Jahr 2025 und im Finanzplan für die Jahre 2026–2028. Die Pauschalentschädigungen ohne klare Zuweisung müssen reduziert werden. Die geforderte Erhöhung um 130 000 Franken für externe Beratungen ist aufgrund der prekären Lage der Bundesfinanzen nicht gerechtfertigt. Dieser Antrag wurde in der Finanzkommission mit 16 zu 9 Stimmen abgelehnt.

In diesem Block gibt es noch einen Antrag der Kommission zum Nachtrag II zum Voranschlag 2024. Sie beantragt Ihnen einstimmig einen zusätzlichen Nachtragskredit von 1 Million Franken für Herdenschutzmassnahmen. Ein Kanton hat kürzlich ein Gesuch beim BAFU gestellt. Der Bedarf ist ausgewiesen.

Die weiteren Anträge im Block 5 werden Ihnen von Kollege Nicolet erläutert. Diese betreffen das Bundesamt für Landwirtschaft.

Ich bitte Sie, jeweils der Mehrheit Ihrer Finanzkommission zu folgen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Nous sommes dans le bloc 5, pour lequel je vous rapporte les positions de la Commission des finances. Ma collègue Anna Giacometti a évoqué pour vous les positions budgétaires concernant le SECO, l'Office fédéral du logement, ainsi que l'Office fédéral de l'environnement, sur le supplément II au budget 2024. Il m'appartient de vous entretenir des discussions sur l'Office fédéral de l'agriculture et de toutes les discussions qui ont été menées autour de l'agriculture.

A la page A11, la minorité Kaufmann nous propose de majorer de 200 000 francs les moyens alloués à la vulgarisation agricole. Cette proposition a été refusée, par 15 voix contre 10, par notre commission.

Toujours à la page A11, la minorité Gredig propose de réduire de 50 pour cent la contribution à l'élimination des sous-produits animaux. Cette contribution permet un contrôle rigoureux des épizooties. Le fait de la supprimer, comme le

AB 2024 N 2118 / BO 2024 N 2118

demande le rapport Gaillard, ou alors de la diminuer de 50 pour cent, comme le propose notre collègue Gredig, risquerait d'engendrer des risques importants en matière d'épizooties. La commission, par 16 voix contre 8 et 1 abstention, vous demande de refuser cette proposition.

Toujours à la page A11, nous avons une minorité I (Gredig) et une minorité II (Gredig). La minorité I propose une réduction d'environ 10 millions de francs de la promotion de la qualité des ventes. La minorité II propose de ne pas majorer de 4,8 millions la promotion pour les ventes, comme le demande la majorité de la commission, qui vous propose donc de passer ce montant à environ 70 millions de francs. Il faut savoir que ces mesures de promotion permettent de créer de la valeur ajoutée, notamment pour les produits certifiés et les produits labellisés, et de générer des emplois dans les filières agroalimentaires de proximité. Nous vous invitons donc à refuser ces deux propositions, par 16 voix contre 9.

Toujours à la page A11, une minorité Gredig propose de réduire de 50 pour cent, donc de 2,9 millions de francs, l'aide à la production animale, principalement pour les oeufs et la viande. Il faut savoir que ces mesures évitent les trop grosses variations de prix et permettent une certaine régulation sur les marchés et donc sur les prix pour l'agriculture. Cette proposition a été refusée, par 16 voix contre 9.

A la page A11, la minorité Gafner propose de majorer de 1 million de francs l'aide à la production végétale,



particulièrement pour la production sucrière. Cette proposition a été refusée, par 14 voix contre 11, par notre commission.

Au niveau des paiements directs, il faut peut-être rétablir quelques faits. Effectivement, la majorité de la commission propose de rétablir les paiements directs au même montant que les années précédentes, ce qui donne partiellement raison à M. Wermuth, qui disait qu'il y avait une augmentation par rapport au projet du Conseil fédéral. C'est juste, mais le Conseil fédéral propose de diminuer de 42 millions de francs les paiements directs. La majorité de la commission vous propose donc de maintenir les paiements directs au niveau des années précédentes, par cette augmentation de 42 millions, portant les paiements directs à 2,812 milliards de francs. C'est peut-être sur les conditions qu'il y a une petite discussion à avoir. Notre collègue Wermuth propose de conditionner le rétablissement des 42 millions de francs de paiements directs en les accordant principalement aux exploitations de montagne. Bien que l'idée ne soit pas inintéressante et qu'elle puisse faire l'objet d'une discussion dans le cadre de la politique agricole à partir de 2030, la commission, par 14 voix contre 11, préfère ne pas changer ponctuellement les pratiques et les règles en la matière et vous demande simplement de valider l'augmentation, ou tout au moins le maintien, des paiements directs, avec ces 42 millions de francs supplémentaires.

Toujours à la page A11, la minorité Funiciello propose que les paiements directs ne soient pas majorés et qu'ils en restent au niveau du montant proposé par le Conseil fédéral. Cette proposition a également été refusée par la majorité de la commission.

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2025 **3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2025**

Anhang 1 – Annexe 1

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung **Département de l'économie, de la formation et de la recherche**

704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Kommission

LG5: Arbeitsmarktpolitik

- (neues) Ziel: Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials: Das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft. Die Erwerbsquote der Frauen erhöht sich und das Durchschnittsalter beim Austritt aus dem Arbeitsmarkt steigt an.
- Messgrösse: Durchschnittliches Arbeitspensum der erwerbstätigen Frauen.
- Sollwert: VA 2025: Steigerung 5 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr

Proposition de la commission

GP5: Politique du marché du travail

- (Nouvel) objectif: Promotion du potentiel de la main-d'oeuvre en Suisse: Le potentiel de la main-d'oeuvre en Suisse est mieux exploité. Le taux d'activité des femmes augmente et l'âge moyen de sortie du marché du travail est en hausse.
- Indicateur: Taux d'activité moyen des femmes actives.
- Valeur-cible: B 2025: Augmentation de 5 points de pourcentage par rapport à l'année précédente

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Bundesrat hält an seinem Antrag fest. Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29795)

Für den Antrag der Kommission ... 193 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 0 Stimmen

(0 Enthaltungen)



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2026–2028
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2026–2028

Art. 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Kommission

LG5: Arbeitsmarktpolitik

– Sollwert:

FP 2026: Steigerung 5 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr

FP 2027: Steigerung 5 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr

FP 2028: Steigerung 5 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr

A231.0192 Schweiz Tourismus

FP 2026: Fr. 53 522 800

FP 2027: Fr. 53 792 900

FP 2028: Fr. 54 969 100

Proposition de la commission

GP5: Politique du marché du travail

– Valeur-cible:

PF 2026: Augmentation de 5 points de pourcentage par rapport à l'année précédente

PF 2027: Augmentation de 5 points de pourcentage par rapport à l'année précédente

PF 2028: Augmentation de 5 points de pourcentage par rapport à l'année précédente

A231.0192 Suisse Tourisme

PF 2026: Fr. 53 522 800

PF 2027: Fr. 53 792 900

PF 2028: Fr. 54 969 100

Angenommen – Adopté

AB 2024 N 2119 / BO 2024 N 2119

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Mehrheit

A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus

Fr. 10 419 200

A231.0208 Neue Regionalpolitik

Fr. 12 477 000

A231.0211 Info über den Unternehmensstandort Schweiz

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit

(Gredig, Cottier, Farinelli, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Schilliger, Wermuth, Wyss, Zybach)
A231.0208 Neue Regionalpolitik
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Zybach, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss)
A231.0211 Info über den Unternehmensstandort Schweiz
Fr. 2 560 700

Proposition de la majorité

A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
Fr. 10 419 200
A231.0208 Nouvelle politique régionale
Fr. 12 477 000
A231.0211 Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gredig, Cottier, Farinelli, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Schilliger, Wermuth, Wyss, Zybach)
A231.0208 Nouvelle politique régionale
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Zybach, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss)
A231.0211 Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse
Fr. 2 560 700

Pos. 704.A231.0208

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29798)
Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 79 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Pos. 704.A231.0211

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss Ib Artikel 2 und Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29799)
Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen
(1 Enthaltung)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées



708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0224 Landwirtschaftliches Beratungswesen
A231.0227 Entsorgungsbeiträge
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
Fr. 70 549 900
A231.0231 Beihilfen Viehwirtschaft
A231.0232 Beihilfen Pflanzenbau
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Kaufmann, Bürgi Roman, Gafner, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
A231.0224 Landwirtschaftliches Beratungswesen
Fr. 11 490 000

Antrag der Minderheit

(Gredig, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0227 Entsorgungsbeiträge
Fr. 23 670 800

Antrag der Minderheit I

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
Fr. 55 886 700

Antrag der Minderheit II

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0231 Beihilfen Viehwirtschaft
Fr. 2 980 300

Antrag der Minderheit

(Gafner, Bürgi Roman, Götte, Guggisberg, Kaufmann, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
A231.0232 Beihilfen Pflanzenbau
Fr. 72 099 400

Proposition de la majorité

A231.0224 Vulgarisation agricole
A231.0227 Contributions à l'élimination
Adhérer au projet du Conseil fédéral
A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes
Fr. 70 549 900
A231.0231 Aides à la production animale
A231.0232 Aides à la production végétale
Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Kaufmann, Bürgi Roman, Gafner, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)

A231.0224 Vulgarisation agricole

Fr. 11 490 000

Proposition de la minorité

(Gredig, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0227 Contributions à l'élimination

Fr. 23 670 800

AB 2024 N 2120 / BO 2024 N 2120

Proposition de la minorité I

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Fr. 55 886 700

Proposition de la minorité II

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0231 Aides à la production animale

Fr. 2 980 300

Proposition de la minorité

(Gafner, Bürgi Roman, Götte, Guggisberg, Kaufmann, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)

A231.0232 Aides à la production végétale

Fr. 72 099 400

Pos. 708.A231.0224

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für den Zahlungsrahmen und für Bundesbeschluss Ib Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29800)

Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 88 Stimmen

(1 Enthaltung)

Pos. 708.A231.0227

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29801)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(3 Enthaltungen)



Pos. 708.A231.0229

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29802)
Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 79 Stimmen
(8 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29803)
Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I ... 70 Stimmen
(13 Enthaltungen)

Pos. 708.A231.0231

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29804)
Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen
(5 Enthaltungen)

Pos. 708.A231.0232

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29805)
Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 84 Stimmen
(2 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2025

3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2025

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft

704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Minderheit

(Zybach, Andrey, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss)
A231.0211 Info über den Unternehmensstandort Schweiz
Die Kürzung dieses Kredits um 1 892 700 Franken ist im Bereich der aktiven Anwerbung ausländischer Firmen zwecks einer Ansiedlung in der Schweiz zu vollziehen.

Proposition de la minorité

(Zybach, Andrey, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss)
A231.0211 Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse
La réduction de ce crédit de 1 892 700 francs doit être opérée dans le domaine du recrutement actif d'entreprises étrangères en vue de leur implantation en Suisse.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit wurde beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgelehnt.



708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Minderheit

(Wermuth, Andrey, Bürgin Yvonne, Fehlmann Rielle, Funiciello, Gredig, Kälin, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 41 869 700 Franken sind schwerpunktmässig zugunsten einer gleichmässigeren Verteilung der landwirtschaftlichen Einkommen zwischen den Betrieben einzusetzen, insbesondere für eine relative Besserstellung der Betriebe in Berg- und Hügelregionen im Vergleich zur Talregion.

Proposition de la minorité

(Wermuth, Andrey, Bürgin Yvonne, Fehlmann Rielle, Funiciello, Gredig, Kälin, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Les moyens supplémentaires d'un montant de 41 869 700 de francs doivent être utilisés en priorité en faveur d'une meilleure répartition des revenus agricoles entre les exploitations, notamment pour améliorer la situation des exploitations situées dans les régions de montagne et de collines par rapport à celles situées en plaine.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29806)

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

Dagegen ... 121 Stimmen

(2 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

AB 2024 N 2121 / BO 2024 N 2121

Antrag der Mehrheit

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Fr. 2 812 039 500

Antrag der Minderheit

(Funiciello, Fehlmann Rielle, Wermuth, Wyss, Zybach)

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Fr. 2 812 039 500

Proposition de la minorité

(Funiciello, Fehlmann Rielle, Wermuth, Wyss, Zybach)

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29807)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 58 Stimmen

(8 Enthaltungen)

725 Bundesamt für Wohnungswesen

725 Office fédéral du logement

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Gredig, Kälin, Wermuth, Wettstein, Zybach)

Fr. 10 189 900

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Gredig, Kälin, Wermuth, Wettstein, Zybach)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 10 189 900

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss Ib Artikel 2 und Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29808)

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 75 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Früher bewilligte, laufende Zahlungsrahmen

Plafonds des dépenses ouverts, autorisés antérieurement

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

Z0022.05/A231.0224/A231.0228/A231.0405/A235.0102/

A235.0103/A236.0105 Produktionsgrundlagen 2022–2025

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Kaufmann, Bürgi Roman, Gafner, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)

Z0022.05/A231.0224/A231.0228/A231.0405/A235.0102/

A235.0103/A236.0105 Produktionsgrundlagen 2022–2025

Fr. 11 800 000



Proposition de la majorité

Z0022.05/A231.0224/A231.0228/A231.0405/A235.0102/
A235.0103/A236.0105 Bases de production 2022–2025
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Kaufmann, Bürgi Roman, Gafner, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
Z0022.05/A231.0224/A231.0228/A231.0405/A235.0102/
A235.0103/A236.0105 Bases de production 2022–2025
Fr. 11 800 000

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit haben wir bei Position 708.A231.0024 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2025
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2025

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Minderheit

(Kaufmann, Bürgi Roman, Gafner, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
A231.0224 Landwirtschaftliches Beratungswesen
Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 200 000 Franken sind zugunsten der Beratungszentrale Agridea einzusetzen.

Antrag der Minderheit

(Gafner, Bürgi Roman, Götte, Guggisberg, Kaufmann, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
A231.0232 Beihilfen Pflanzenbau
Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 1 000 000 Franken sind zugunsten der Produktion von Zuckerrüben zur Zuckerherstellung einzusetzen.

Proposition de la minorité

(Kaufmann, Bürgi Roman, Gafner, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
A231.0224 Vulgarisation agricole
Les moyens supplémentaires d'un montant de 200 000 francs sont destinés à la centrale de vulgarisation Agridea.

Proposition de la minorité

(Gafner, Bürgi Roman, Götte, Guggisberg, Kaufmann, Nicolet, Pahud, Sollberger, Stadler, Stettler)
A231.0232 Aides à la production végétale
Les moyens supplémentaires d'un montant de 1 000 000 de francs sont destinés à la production de betteraves pour la production de sucre.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Anträge der Minderheiten Kaufmann und Gafner wurden beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgelehnt.



AB 2024 N 2122 / BO 2024 N 2122

725 Bundesamt für Wohnungswesen
725 Office fédéral du logement

Antrag der Minderheit

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Gredig, Kälin, Wermuth, Wettstein, Zybach)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 130 000 Franken sind für die Finanzierung von Beratungen bestimmt, die von gemeinnützigen Bauträgern kostenlos für Gemeinden und Genossenschaften angeboten werden.

Proposition de la minorité

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Gredig, Kälin, Wermuth, Wettstein, Zybach)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Les moyens supplémentaires d'un montant de 130 000 francs sont destinés au financement de consultations proposées gratuitement aux communes et aux coopératives par les maîtres d'ouvrage d'utilité publique.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit wurde beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgelehnt.

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2026–2028

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2026–2028

Art. 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Mehrheit

A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
FP 2026: Fr. 10 530 100

A231.0208 Neue Regionalpolitik
FP 2026: Fr. 25 760 300

FP 2027: Fr. 26 222 600

A231.0211 Info über den Unternehmensstandort Schweiz
Kein Auftrag an den Bundesrat

Antrag der Minderheit

(Gredig, Cottier, Farinelli, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Schilliger, Wermuth, Wyss, Zybach)
A231.0208 Neue Regionalpolitik
Kein Auftrag an den Bundesrat

Antrag der Minderheit

(Zybach, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss)
A231.0211 Info über den Unternehmensstandort Schweiz

FP 2026: Fr. 2 559 000

FP 2027: Fr. 2 557 000

FP 2028: Fr. 2 610 600

Die Kürzung dieses Kredits ist im Bereich der aktiven Anwerbung ausländischer Firmen zwecks einer Ansiedlung in der Schweiz zu vollziehen.





Proposition de la majorité

A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme

PF 2026: Fr. 10 530 100

A231.0208 Nouvelle politique régionale

PF 2026: Fr. 25 760 300

PF 2027: Fr. 26 222 600

A231.0211 Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse

Pas de mandat au Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gredig, Cottier, Farinelli, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Schilliger, Wermuth, Wyss, Zybach)

A231.0208 Nouvelle politique régionale

Pas de mandat au Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Zybach, Andrey, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss)

A231.0211 Informations sur conditions d'implantation des entreprises en Suisse

FP 2026: Fr. 2 559 000

FP 2027: Fr. 2 557 000

FP 2028: Fr. 2 610 600

La réduction de ce crédit doit être effectuée dans le domaine du recrutement actif d'entreprises étrangères en vue d'une implantation en Suisse.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über die Anträge der Minderheiten haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0227 Entsorgungsbeiträge

Kein Auftrag an den Bundesrat

Antrag der Minderheit

(Gredig, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0227 Entsorgungsbeiträge

FP 2026: Fr. 23 791 700

FP 2027: Fr. 24 034 500

FP 2028: Fr. 24 274 800

Proposition de la majorité

A231.0227 Contributions à l'élimination

Pas de mandat au Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gredig, Fehlmann Rielle, Funiciello, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0227 Contributions à l'élimination

PF 2026: Fr. 23 791 700

PF 2027: Fr. 24 034 500

PF 2028: Fr. 24 274 800



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

*725 Bundesamt für Wohnungswesen
725 Office fédéral du logement*

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Kein Auftrag an den Bundesrat

AB 2024 N 2123 / BO 2024 N 2123

Antrag der Minderheit
(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Gredig, Kälin, Wermuth, Wettstein, Zybach)
FP 2026: Fr. 9 803 700
FP 2027: Fr. 9 797 500
FP 2028: Fr. 9 825 900

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von jährlich 130 000 Franken sind für die Finanzierung von Beratungen bestimmt, die von gemeinnützigen Bauträgern kostenlos für Gemeinden und Genossenschaften angeboten werden.

Proposition de la majorité
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Pas de mandat au Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Funicello, Gredig, Kälin, Wermuth, Wettstein, Zybach)
725 Office fédéral du logement
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
PF 2026: Fr. 9 803 700
PF 2027: Fr. 9 797 500
PF 2028: Fr. 9 825 900

Les moyens supplémentaires d'un montant de 130 000 francs par an sont destinés au financement de consultations proposées gratuitement aux communes et aux coopératives par les maîtres d'ouvrage d'utilité publique.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*